Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 30
Franz-Josef Reuter / Mark C. Fischer

Die Erweiterung der Europäischen Union - Historische Chance mit Hindernissen

Sankt Augustin, Juli 2001

2. überarb. Auflage

Ansprechpartner: Franz-Josef Reuter
Leiter des Europabüros Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mark C. Fischer
Mitarbeiter des Europabüros Brüssel

Telefon: 00 32 2 / 7 43 07 43
Telefax: 00 32 2 / 7 43 07 49
E-Mail: konradbe@pophost.eunet.be

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro,
Avenue d l'Yser 11, B – 1040 Bruxelles

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Rathausallee 12, D – 53 757 Sankt Augustin

Die Erweiterung der Europäischen Union – Historische Chance mit Hindernissen

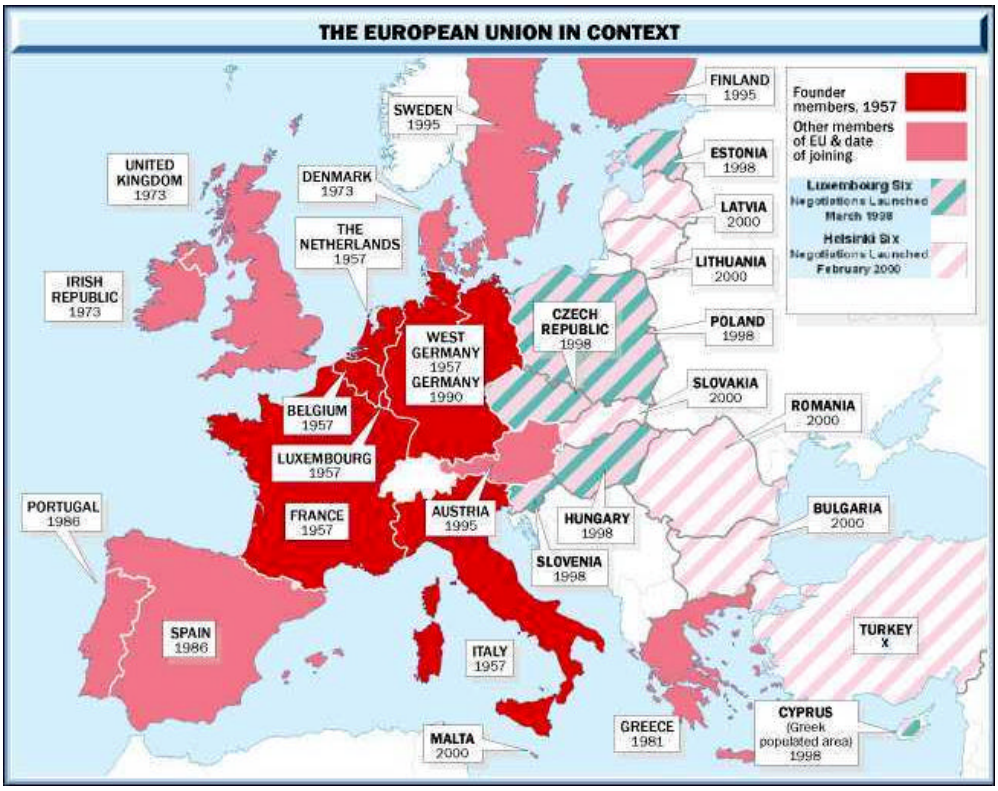
Die Erweiterung der Europäischen Union stellt in der europäischen Geschichte eine einmalige Gelegenheit dar, die Integration des Kontinents auf friedliche Weise zu erreichen. Für die Union selbst bietet sich die Möglichkeit, den Raum der Stabilität und des Wohlstands auf neue Mitglieder auszuweiten. Diese Tatsachen lassen sich nicht verleugnen, auch wenn die heutigen politischen Entscheidungsträger in der Behandlung dieses Themas der historischen Tragweite des Prozesses – wie es erscheint – nicht immer gerecht werden. Dramatische Strukturwechsel in politischen Systemen – als solchen kann man die Erweiterung der EU betrachten – bringen in der Übergangsphase grundsätzlich Anpassungsschwierigkeiten und vielleicht auch wirtschaftliche Probleme mit sich. Dennoch wird niemand, der auch nur marginal mit der europäischen Geschichte vertraut ist, anzweifeln, daß es zur Erweiterung keine ernstzunehmende Alternative gibt.

Als der Eiserne Vorhang 1989 endlich fiel - nachdem er Europa 40 Jahre lang in einen wohlhabenden und freien Westen sowie einen verarmten und politisch unterdrückten Osten aufgespalten hatte – versprach die damalige Europäische Gemeinschaft den neu entstehenden demokratischen Staaten in Mittel- und Osteuropa die Aufnahme in ihren „exklusiven Club“. Jetzt, nach mehr als zehn Jahren, schickt sich die heutige Europäische Union ernsthaft an, das damals geleistete Versprechen einzulösen. Die Beitrittsverhandlungen mit den zwölf Kandidatenstaaten dringen immer stärker zu den bisher unbehandelten Kernfragen vor, bei denen für beide Seiten schmerzhafte Kompromisse notwendig sein werden. Inzwischen hat auch der öffentliche Diskurs über die Thematik merklich an Intensität zugenommen. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß in den relevanten Zeitungen und Magazinen Leitartikel und Kommentare über die Chancen und Herausforderungen, welche die Erweiterung mit sich bringt, zu lesen sind. Dies ist erfreulich, da eine umfassende Information der Bevölkerung, sowohl in den heutigen Mitgliedstaaten der Union als auch in den Kandidatenstaaten, für die Gewinnung der notwendigen breiten Zustimmung der Bevölkerung für diesen Prozeß unerläßlich ist.

Daten und Fakten zum Erweiterungsprozeß

Der Europäische Rat in Luxemburg leitete im Dezember 1997 den Erweiterungsprozeß ein, indem er auf Empfehlung der Kommission beschloß, Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zu Beitrittsverhandlungen einzuladen.

Diese wurden am 31. März 1998 eröffnet. Auch Malta, das ursprünglich seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Union 1996 eingefroren hatte, griff diesen im Oktober 1998 wieder auf.



x *Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben noch nicht begonnen*

Quelle: *The Economist.com, vom Verfasser modifiziert*

Im Dezember 1999 beschloß der Europäische Rat von Helsinki, wiederum auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission, offizielle Beitrittsverhandlungen mit sechs weiteren Bewerberländern einzuleiten: Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakischen Republik. Die Verhandlungen mit diesen Ländern, der sog. „Helsinki-Gruppe“ wurden am 15. Februar 2000 offiziell eröffnet.

Der Vertrag von Nizza bereitet die Institutionen der EU – wenn auch nur notdürftig – auf die durch die Erweiterung der Union bevorstehenden Herausforderungen vor. Die Kandidatenstaaten wurden gemäß ihrer Bevölkerungszahlen sowie ihres politischen Gewichts in die Abstimmungsverhältnisse im Ministerrat und im Europäischen Parlament einbezogen.

Übersicht über die Sitzverteilung im EP nach Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten

Mitgliedstaaten		Beitrittskandidaten	
Belgien	22	Bulgarien	17
Dänemark	13	Estland	6
Deutschland	99	Lettland	8
Griechenland	22	Litauen	12
Spanien	50	Malta	5
Frankreich	72	Polen	50
Irland	12	Rumänien	33
Italien	72	Slowakei	13
Luxemburg	6	Slowenien	7
Niederlande	25	Tschechische Republik	20
Österreich	17	Ungarn	20
Portugal	22	Zypern	6
Finnland	13		
Schweden	18		
Vereinigtes Königreich	72		

Übersicht über die Stimmengewichtung nach Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten

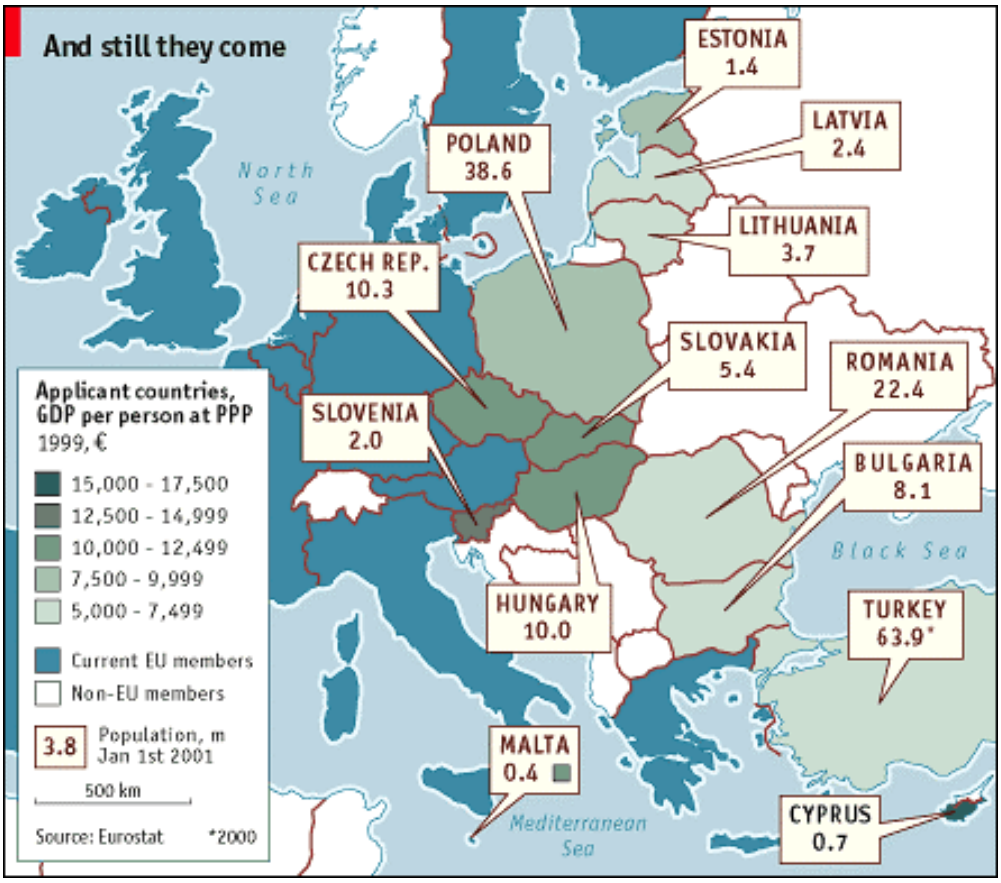
Mitgliedstaaten		Beitrittskandidaten	
Belgien	12	Bulgarien	10
Dänemark	7	Estland	4
Deutschland	29	Lettland	4
Griechenland	12	Litauen	7
Spanien	27	Malta	3
Frankreich	29	Polen	27
Irland	7	Rumänien	14
Italien	29	Slowakei	7
Luxemburg	4	Slowenien	4
Niederlande	13	Tschechische Republik	12
Österreich	10	Ungarn	12
Portugal	12	Zypern	4
Finnland	7		
Schweden	10		
Vereinigtes Königreich	29		

Quelle: Europäische Kommission, 2001

Die EU kann auf eine gewisse Erfahrung hinsichtlich von Erweiterungen zurückblicken. Im Jahre 1973 sind Dänemark, Großbritannien und Irland in die Gemeinschaft aufgenommen worden, 1981 Griechenland, 1986 Portugal und Spanien und 1995 folgten die Länder Österreich, Finnland und Schweden. Sicherlich lassen sich die bisherigen Erweiterungsrunden mit dem Ausmaß sowie den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der anstehenden Erweiterung schlecht vergleichen. Dennoch geben vor allem die Erfahrungen im Hinblick auf die politische Entwicklung in Spanien, Portugal und Griechenland seit dem Beitritt, Grund zu einem optimistischen Ausblick für die mögliche Entwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Das Ausmaß der Herausforderung, vor der die EU mit der Erweiterung heute steht, läßt sich anhand einiger Zahlen verdeutlichen: Die Anzahl der EU-Mitgliedstaaten könnte sich mittelfristig von 15 auf 27 erhöhen. Das Territorium, auf welches sich die EU erstreckt, wüchse um 34% an, die Bevölkerung vermehrte sich um 105 Millionen (29%) auf ca. 500 Millionen. Damit entstünde der größte geschlossene Wirtschaftsraum der Welt, mit fast doppelt so vielen Staaten wie z.B. in der avisierten Freihandelszone in Nord- und Südamerika zusammen genommen.

Gleichzeitig ist jedoch anzumerken, daß das Wohlstandsgefälle zwischen den jetzigen Mitgliedern und den zwölf Kandidatenstaaten gleichfalls dramatisch ist. Das BIP einer EU-27 wäre heute lediglich 5% über dem der EU-15. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen fiele, nach der Kaufkraft gerechnet, um 16%. Zum Vergleich: die Aufnahme Spaniens, Portugals und Griechenlands verringerte seinerzeit das Durchschnittseinkommen der EU um lediglich 6%.



Quelle: The Economist.com

Nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen sind bemerkenswert, auch die Beitrittsverhandlungen selbst sind an Komplexität kaum zu überbieten: Der von den Kandidaten zu übernehmende rechtliche Besitzstand der EU, der sog. *acquis communautaire*, umfaßt ca. 80.000 Seiten. Die jeweiligen bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und einem Beitrittsaspiranten sind in 31 Kapitel gegliedert, von denen selbst bei den am weitesten fortgeschrittenen Ländern die problematischsten Verhandlungskapitel noch längst nicht abgeschlossen sind (s. Tabellen).

Verhandlungsstand am 04. Juli 2001

Verhandlungskapitel	Polen	Ungarn	Tschechien	Estland	Slowenien	Zypern
1. Freier Warenverkehr	+	+	+	+	+	+
2. Freier Personenverkehr	o	+	o	o	o	+
3. Freier Dienstleistungsverkehr	+	+	+	+	+	+
4. Freier Kapitalverkehr	o	+	+	+	+	+
5. Gesellschaftsrecht	o	+	+	+	+	+
6. Wettbewerbspolitik	o	o	o	o	o	o
7. Landwirtschaft	o	o	o	o	o	o
8. Fischerei	o	+	+	+	+	+
9. Verkehr	o	o	o	o	o	+
10. Steuern	o	+	o	o	o	o
11. WWU	+	+	+	+	+	+
12. Statistik	+	+	+	+	+	+
13. Soziales/Beschäftigung	+	+	+	+	+	+
14. Energie	o	+	o	o	+	+
15. Industriepolitik	+	+	+	+	+	+
16. Kleine und mittlere Unternehmen	+	+	+	+	+	+
17. Wissenschaft/Forschung	+	+	+	+	+	+
18. Bildung/Ausbildung	+	+	+	+	+	+
19. Telekommunikation	+	+	+	+	+	+
20. Kultur/Audiovisuelles	+	o	+	+	+	+
21. Regionalpolitik	o	o	o	o	o	o
22. Umwelt	o	+	+	+	+	o
23. Verbraucher- / Gesundheitsschutz	+	+	+	+	+	+
24. Justiz/Inneres	o	o	o	o	o	o
25. Zollunion	+	+	+	o	o	+
26. Außenbeziehungen	+	+	+	+	+	+
27. GASP	+	+	+	+	+	+
28. Finanzkontrolle	+	+	o	+	+	+
29. Haushalt	o	o	o	o	o	o
30. Institutionen	–	–	–	–	–	–
31. Verschiedenes	–	–	–	–	–	–
Kapitel geöffnet	**29**	**29**	**29**	**29**	**29**	**29**
Kapitel geschlossen	**16**	**22**	**19**	**19**	**20**	**22**

+ = Verhandlungen vorläufig abgeschlossen

o = Verhandlungen eröffnet

– = Verhandlungen noch nicht eröffnet

Quelle: Uniting Europe, No. 147, Juli 2001, S. 6ff.

Verhandlungsstand am 04. Juli 2001

Verhandlungskapitel	Lettland	Litauen	Slowakei	Rumänien	Bulgarien	Malta
1. Freier Warenverkehr	+	+	+	–	o	+
2. Freier Personenverkehr	+	–	+	–	–	+
3. Freier Dienstleistungsverkehr	+	+	+	–	o	+
4. Freier Kapitalverkehr	+	+	+	–	o	o
5. Gesellschaftsrecht	+	+	+	o	+	+
6. Wettbewerbspolitik	o	o	o	o	o	o
7. Landwirtschaft	–	–	–	–	–	–
8. Fischerei	o	+	+	+	+	o
9. Verkehr	o	o	o	–	–	o
10. Steuern	o	o	–	–	–	–
11. WWU	+	+	+	–	–	+
12. Statistik	+	+	+	+	+	+
13. Soziales/Beschäftigung	+	+	+	–	–	o
14. Energie	o	–	o	–	–	+
15. Industriepolitik	+	+	+	–	–	+
16. Kleine und mittlere Unternehmen	+	+	+	+	+	+
17. Wissenschaft/Forschung	+	+	+	+	+	+
18. Bildung/Ausbildung	+	+	+	+	+	+
19. Telekommunikation	o	+	+	o	o	+
20. Kultur/Audiovisuelles	+	+	+	o	+	+
21. Regionalpolitik	o	o	o	–	–	o
22. Umwelt	o	+	o	–	–	–
23. Verbraucher- / Gesundheitsschutz	+	+	+	–	+	+
24. Justiz/Inneres	o	o	o	–	o	–
25. Zollunion	o	o	+	o	–	o
26. Außenbeziehungen	+	+	+	+	+	+
27. GASP	+	+	+	+	+	+
28. Finanzkontrolle	o	o	–	–	o	+
29. Haushalt	o	o	o	–	–	o
30. Institutionen	–	–	–	–	–	–
31. Verschiedenes	–	–	–	–	–	–
Kapitel geöffnet	**28**	**26**	**24**	**12**	**16**	**25**
Kapitel geschlossen	**16**	**18**	**19**	**7**	**10**	**17**

+ = Verhandlungen vorläufig abgeschlossen

o = Verhandlungen eröffnet

– = Verhandlungen noch nicht eröffnet

Quelle: Uniting Europe, No. 151, Juli 2001, S. 6ff.

Politische, ethische und wirtschaftliche Motivation

In Anbetracht der geschilderten Herausforderungen mag es verständlich sein, wenn kritische Zeitgenossen davor warnen, die EU könne sich übernehmen und sie gefährde damit das gesamte europäische Projekt im Zuge der Erweiterung.

Dem hält der für Erweiterung zuständige EU-Kommissar, Günter Verheugen, mehrere Gründe entgegen, die auch aus Sicht der gegenwärtigen Mitgliedstaaten der EU für eine baldige Erweiterung sprechen:

Projektion von Stabilität und Ausbau des politischen Gewichts

Die erfolgversprechendste Methode zur Projektion von Stabilität und Demokratie besteht für die EU in der Integration ihrer Nachbarstaaten. Die Union kann es sich nicht leisten, an ihrer östlichen Grenze eine Zone der Unsicherheit entstehen zu lassen. Eine unbefristete Aufschiebung der Erweiterung hätte jedoch genau dies zur Folge, da sich das Verhältnis zu den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, in Ermangelung einer Beitrittsperspektive, erheblich verschlechtern würde. Schon zum heutigen Zeitpunkt, mehr als elf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, ist die Geduld in einigen Kandidatenstaaten bereits sehr strapaziert. Seit den frühen neunziger Jahren, so wird in Mittel- und Osteuropa sarkastisch formuliert, war man nach den Versprechungen so mancher Regierung in Westeuropa in jedem Jahr aufs Neue „nur noch fünf Jahre“ vom Eintritt in die Union entfernt.

Datum der Antragsstellung auf Mitgliedschaft in der EU		
	Zypern	03.07.1990
	Malta	16.07.1990
	Ungarn	31.03.1994
	Polen	05.05.1994
	Rumänien	22.06.1995
	Slowakei	27.06.1995
	Lettland	13.10.1995
	Estland	24.11.1995
	Litauen	08.12.1995
	Bulgarien	14.12.1995
	Tschechische Republik	17.01.1996
	Slowenien	10.06.1996

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung

Sicherlich sind die Beitrittsverhandlungen heute wesentlich komplexer, als zum Zeitpunkt der Aufnahme von Spanien, Griechenland und Portugal. Einerseits ist, wie bereits angesprochen, das Ausmaß der Erweiterung kaum vergleichbar. Andererseits hat sich die EU selbst seit jenen Tagen stark gewandelt. Die wirtschaftliche, aber vor allem die politische Integration innerhalb der Union hat mit den Beschlüssen von Maastricht und Amsterdam, seit den achtziger Jahren, erheblich zugenommen. Die so oft vorgebrachte Einschätzung, bei den Kandidatenstaaten handele es sich um die „armen Verwandten“ aus dem Osten, die sich den nötigen Strukturwandel über den Beitritt zur Union von den reichen Nachbarn bezahlen lassen wollen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Um die Leistungen der Bewerberländer bei der Übernahme des acquis communautaire zu würdigen - ganz abgesehen von den größtenteils bereits gemeisterten ökonomischen und sozialen Belastungen des Systemwechsels – sollte man sich vor Augen führen, daß kaum ein Mitgliedstaat der Union heute den gesamten rechtlichen Besitzstand der EU vollkommen erfüllt.

Die nationalen Spielräume zur Beeinflussung von politischen Entscheidungen auf internationaler Ebene werden im Zuge der Globalisierung immer geringer. Bei gleichzeitig wachsender Rolle der EU als außenpolitischer Akteur, kann die Union jedoch ihr politisches Gewicht durch die Erweiterung verstärken. Eine EU mit einer Bevölkerung von 500 Millionen verfügt über ein ungemein großes Potential zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Wahrung der globalen Interessen ihrer Mitgliedstaaten. Außerdem wird die Europäische Union von den anderen internationalen Akteuren – im Westen wie im Osten – nicht als Bedrohung ihrer Interessen wahrgenommen. Sogar von den potentiellen strategischen Rivalen wird die Union eher als ein Ordnungs- und Stabilitätsfaktor angesehen. Daher wird die Erweiterung auch von internationaler Seite begrüßt.

Überwindung der Trennung Europas

Europa muß sich der moralischen Verpflichtung stellen, die Trennung des Kontinents durch Nazismus und Kommunismus zu überwinden. Erstmals ergibt sich eine einmalige Gelegenheit, die Völker Europas auf eine friedliche Art und Weise zusammenzuführen und so die Bedingungen zu schaffen, dem vollen Potential in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht einen sicheren Nährboden zu geben. Selten erschienen die Aussichten so gut, die Werte von Freiheit, Stabilität und Wohlstand auf eine so große Region auszudehnen. Was zwischen den heutigen Mitgliedstaaten der Union während der letzten Jahrzehnte schon erreicht worden ist – die schiere Undenkbarkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung

zwischen den ehemaligen „Erbfeinden“ – muß zukünftig auch für den östlichen Teil des Kontinents gelten. Angesichts dieser historischen Herausforderung kann es sich die gegenwärtige Generation nicht leisten, die Chance zur europäischen Einigung – für die wahrscheinlich nur ein sehr beschränktes Zeitfenster zur Verfügung steht – ungenutzt zu lassen.

Die ökonomischen Möglichkeiten

Fast verschämt deuten auch gerade deutsche Politiker auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten hin, die sich durch einen Binnenmarkt mit über 500 Millionen Konsumenten für eine Exportnation bieten. Dabei sind die wirtschaftlichen Interessen, da Handelsbeziehungen grundsätzlich nicht in ein Nullsummenspiel ausarten, vollkommen legitim. Auch kann das Projekt der Erweiterung gegenüber der Bevölkerung, sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Kandidatenstaaten, sehr viel glaubhafter vertreten werden, wenn neben politischen und moralischen Verpflichtungen mittelfristig auch handfeste wirtschaftliche Vorteile ausgewiesen werden können. Die Wachstumsraten in den mittel- und osteuropäischen Ländern sind in den letzten Jahren kontinuierlich höher als in Westeuropa. Der Außenhandel der Region ist bereits stark auf die EU ausgerichtet. 1998 machte der Anteil des Außenhandels mit der EU bereits zwei Drittel der Gesamtaktivitäten aus, während die EU im Jahr 2000 einen Handelsüberschuß von 30 Milliarden US$ in Mittel- und Osteuropa erwirtschaftete. Desgleichen haben die Direktinvestitionen in der Region seit Mitte der letzten Dekade dramatisch zugenommen.

Die Fortsetzung des dynamischen Wachstums in der Region hängt jedoch von einer klaren Beitrittsperspektive ab. Es steht außer Zweifel, daß die wirtschaftlichen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa ohne die Strukturhilfe seitens der EU wesentlich an Dynamik abnähmen. Dennoch ist eine sehr starke Ausdehnung der Handelsaktivitäten auch nach dem vollen Beitritt zur EU nicht mehr zu erwarten, da die meisten tarifären Handelshemmnisse zwischen der Union und den Kandidatenstaaten bereits abgebaut sind – der Marktzugang zur EU ist seit dem Abschluß von Freihandelsabkommen zu Beginn der neunziger Jahre bereits gewährt. Darüber hinaus ergeben sich zusätzlich noch erhebliche wirtschaftliche Vorteile für die Länder Mittel- und Osteuropas durch den Beitritt. Die Attraktivität für Investoren wird sich dank der sichereren Rahmenbedingungen noch steigern. Der Gütertransport über die Grenzen sollte reibungsloser ablaufen, und der Handel in Dienstleistungen sollte von weiteren lästigen, nicht-tarifären Handelshemmnissen befreit werden können. Auch erfährt der Agrarhandel für die neuen Mitgliedstaaten eine Liberalisierung, obwohl diese zu

Anfangs keinen großen Effekt zeitigen wird, da die Agrarbetriebe in Mittel- und Osteuropa weder ökonomisch, noch ökologisch mit ihren westeuropäischen Konkurrenten wetteifern können.

Die ökonomischen Herausforderungen an die Kandidatenstaaten verbleiben auf absehbare Zeit, und die gegenwärtigen wirtschaftlichen Konvergenzdaten sagen eine eher langfristige, denn eine dramatische Anpassung an das Wohlstandsniveau Westeuropas voraus. Gerade in Deutschland sollte man sich diese Einschätzung, aufgrund der Erfahrung mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern, zu Herzen nehmen. Vor übertriebenen Hoffnungen auf ein schnelles Wirtschaftswunder in Osteuropa sei deshalb gewarnt.

Unmittelbar anstehende Herausforderungen

Nicht nur die Kandidatenstaaten, auch die EU selbst hat noch einen schwierigen Weg zu gehen, bis sie auf die Erweiterung hinreichend vorbereitet ist. Der Vertrag von Nizza kann, bei optimistischer Betrachtung, lediglich als ein erster Schritt zur notwendigen Reform der Institutionen sowie der Entscheidungsmechanismen der EU angesehen werden. Hier hat die Union ihre Hausaufgaben noch lange nicht zufriedenstellend erledigt. Im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses werden insbesondere die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit, aber auch die klare Abgrenzung von Kompetenzen zwischen den Entscheidungsebenen – supranational, national und regional – Vorrang haben. Bei der Lösung dieser Probleme müssen die Kandidatenstaaten, welche nach deren Beitritt unmittelbar betroffen sein werden, unbedingt mit einbezogen werden. Ein fait accompli ist in dieser Sache, schon vom Demokratieverständnis gegenüber den beitretenden Völkern, nicht hinzunehmen.

In diesem Zusammenhang wird sich auch wieder die Frage stellen, ob der Erweiterung der Vorrang gegenüber einer Vertiefung der Integration eingeräumt werden sollte. Es ist unbestritten, daß eine EU mit 27 Mitgliedstaaten in der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit wesentlich weniger kohärent sein wird. Die zunehmende Heterogenität erfordert sowohl flexiblere und effektivere Entscheidungsstrukturen, als auch die Schaffung von Möglichkeiten engerer Integration zwischen einzelnen Staatengruppen innerhalb der EU. Daß sich keine exklusiven Zirkel bilden dürfen, welche einigen Mitgliedstaaten das Gefühl vermitteln, EU-Mitglieder zweiter Klasse zu sein, versteht sich von selbst. Eine Gefährdung der grundlegenden Bindungskraft der Union ist unbedingt zu vermeiden.

Ebenfalls klargestellt werden muß, daß die EU durch die Erweiterung nicht ausschließlich Stabilität exportiert, sondern sehr wahrscheinlich auch einen gewissen Satz von Instabilität importiert. Zypern, welches mit 22 abgeschlossenen Verhandlungskapiteln einer der am weitesten fortgeschrittenen Beitrittskandidaten ist, birgt durch den auf der Insel weiterhin ungelösten Konflikt zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende politische Sprengkraft. Die EU könnte durch die Einverleibung dieses Konfliktes einen schwer abzusehenden Schaden, im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Beziehungen zum NATO-Partner Türkei, nehmen. Diese Situation könnte katastrophale Folgen für die sich entwickelnde gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben. Desgleichen werden die Integration der Enklave Kaliningrad, sowie die Beziehungen zur Ukraine, nach dem Beitritt Polens und Litauens, Faktoren darstellen, die möglicherweise zur Instabilität innerhalb der EU beitragen.

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden Probleme, welche die EU-Erweiterung in sich birgt, ist eine baldige Aufnahme der ersten Welle von Beitrittskandidaten unerläßlich. Die jüngsten Befragungen in den Kandidatenstaaten zeigen einen alarmierenden Abfall in den Zustimmungsraten zur Erweiterung – in der Tschechischen Republik sowie in Litauen wurden Werte unterhalb von 50% ermittelt. Diese niedrigen Werte sind sicherlich nicht zuletzt auf die inzwischen verstrichene lange Wartezeit zurückzuführen. Ohne eine möglichst breite Unterstützung seitens der Bevölkerung in den Mitglieds- und Kandidatenstaaten stehen die Aussichten für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben – die in jedem Fall ein gewisses Maß an Solidarität und Opferbereitschaft erfordern werden – jedoch keineswegs gut. Das Zeitfenster, in dem sich die erfolgreiche und friedliche Vereinigung Europas vollziehen kann, wird täglich kleiner, und es erstreckt sich gewiß nicht auf eine weitere Dekade.

Gewiß, auch wenn man bei den Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern übereingekommen ist, so stehen bei der Klärung der Bereiche Agrar- und Regionalpolitik sowie bei der Finanzierung der Strukturhilfen noch zähe Verhandlungen ins Haus. Dennoch müßte es möglich sein, vielleicht durch weitere Übergangsregelungen, zumindest etwas mehr Zeit gewinnen zu können, um nicht den gesamten Erweiterungsprozeß durch zu langes Zögern in Frage zu stellen. Für die kommenden Ratspräsidentschaften steht dabei ein hartes Stück Arbeit an.

* *

*

EU-Ratspräsidentschaft und Stimmengewichtung im Ministerrat (vorbehaltlich möglicher Veränderungen nach der geplanten Erweiterung)		
Semester	**Präsidentschaft**	**Stimmenanzahl**
1. Halbjahr 1999	**Deutschland**	**10**
2. Halbjahr 1999	**Finnland**	**3**
1. Halbjahr 2000	**Portugal**	**5**
2. Halbjahr 2000	**Frankreich**	**10**
1. Halbjahr 2001	**Schweden**	**4**
2. Halbjahr 2001	**Belgien**	**5**
1. Halbjahr 2002	**Spanien**	**8**
2. Halbjahr 2002	**Dänemark**	**3**
1. Halbjahr 2003	**Griechenland**	**5**
2. Halbjahr 2003	**Italien**	**10**
1. Halbjahr 2004	**Irland**	**3**
2. Halbjahr 2004	**Niederlande**	**5**
1. Halbjahr 2005	**Luxemburg**	**2**
2. Halbjahr 2005	**Großbritannien**	**10**
1. Halbjahr 2006	**Österreich**	**4**
2. Halbjahr 2006	**Deutschland**	**10**
1. Halbjahr 2007	**Finnland**	**3**
2. Halbjahr 2007	**Portugal**	**5**
1. Halbjahr 2008	**Frankreich**	**10**
1. Halbjahr 2008	**Schweden**	**4**

Weitere Informationen im Internet

Website der Konrad-Adenauer-Stiftung:
http://www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung – „EU-Erweiterungsdialog“:
http://www.kas.de/publikationen/2001/europa/eu_erweiterung/erweiterungsdialog.html

Website der Europäischen Union:
http://www.europa.eu.int

Website der Europäischen Kommission - Generaldirektion Erweiterung:
http://www.europa.eu.int/comm/dgs/enlargement/index_de.htm

Website des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union:
http://www.ue.eu.int/de/summ.htm

Website der Französischen Ratspräsidentschaft (1. Juli – 31. Dezember 2000):
http://www.presidence-europe.fr

Website der Schwedischen Ratspräsidentschaft (1. Januar – 30. Juni 2001):
http://www.eu2001.se

Website der Belgischen Ratspräsidentschaft (1. Juli – 31. Dezember 2001):
http://www.eu2001.be
http://www.belgium.fgov.be/de_index.htm

Delegationen der Europäischen Kommission in den Kandidatenstaaten

Bulgarien	http://www.evropa.bg
Zypern	http://www.delcyp.cec.eu.int
Tschechische Republik	http://www.evropska-unie.cz/en/index.shtml
Estland	http://www.europaliit.ee
Ungarn	http://www.eudelegation.hu
Lettland	–

Litauen	http://www.eudel.lt
Malta	http://www.delmlt.cec.eu.int
Polen	http://www.europa.delpol.pl
Rumänien	http://www.infoeuropa.ro
Slowakische Republik	http://www.europa.sk
Slowenien	–
Türkei	http://www.deltur.cec.eu.int